

„Wohlstand besser verteilen“

Der Interregionale Gewerkschaftsrat besteht seit 30 Jahren

VON UNSEREM REDAKTEUR
MICHAEL BAAS

BASEL/LÖRRACH. Trinationale Zusammenarbeit hat in der Region einen hohen Stellenwert. Unter den Ersten, die das Thema einst besetzten, waren die Gewerkschaften. Sie gründeten im Oktober 1980 auf Initiative des damals noch in Lörrach vertretenen Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) den Interregionalen Gewerkschaftsrat Dreiländereck (IGR). Seitdem wurde viel erreicht, befand der damalige Lörracher DGB-Vorsitzende Horst Stech nun zum Jubiläum im Basler Gewerkschaftshaus; andererseits tun sich die Gewerkschaften aber weiter schwer mit dem grenzenlosen Europa – auch vor Ort.

Publikums- und öffentlichkeitswirksam ist die Organisation mit dem etwas sperrigen Namen in den vergangenen drei Jahrzehnten zwar selten in Erscheinung getreten. Dennoch verbucht der IGR eine Reihe von Erfolgen auf seiner Habenseite – im Kampf um die grenzüberschreitende Anerkennung von Berufsabschlüssen zum Beispiel oder in der Grenzgängerberatung, wie die amtierende Präsidentin Katrin Distler vom DGB Südbaden festhielt. Gerade Letztere war einst zentraler Anlass, den IGR vor Ort als einen der ersten in Europa zu gründen, erinnerte Horst Stech. Schließlich habe es Ende der 70er-, Anfang der 80er-Jahre, weder ein Sozialversicherungsabkommen mit der Schweiz gegeben noch sei die Krankversicherung für deutsche Arbeitnehmer dort befriedigend gelöst gewesen. Dabei gab's



Katrin Distler

FOTO: HECK

auch damals schon vergleichsweise viele deutsche und elsässische Grenzgänger.

Die Harmonisierung der sozialen Absicherung aber ist inzwischen in den Hintergrund getreten. Der lange Arm der Europäischen Union (EU) hat auch die Schweiz erreicht und selbst wenn diese kein EU-Mitglied ist, übt sie durch ihre Richtlinien und Verordnungen zumindest mittelbar auch in der Schweiz mehr Einfluss aus als dort vielen lieb ist. Dazu kommen die Verschiebungen in der Wirtschaft in Folge der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung (Globalisierung). Entsprechend stehen denn inzwischen auch weniger die Beratungsthemen im Vordergrund, als die Sorgen um soziale Gerechtigkeit, um Personalabbau in den Betrieben oder Sozialabbau in den Gesellschaften, wie Distler schilderte.

Diese Dimensionen zogen sich denn auch durch alle Redebeiträge. Das Südelsass sieht sich dabei mit einer vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit und einer

schleichenden Deindustrialisierung konfrontiert, erläuterte Christophe Gully. So sei die Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahren stark angestiegen und erreiche im Ballungsraum um Mulhouse inzwischen elf Prozent und parallel sinke die Zahl der Unternehmen im produzierenden Gewerbe kontinuierlich, so der Vertreter der Gewerkschaft Force Ouvrière. Für Gully steht denn auch die „bessere Verteilung des Wohlstands“ ganz oben auf der aktuellen Tagesordnung der Gewerkschaftsbewegung.

Die Entwicklung der Basler Life-Sciences-Industrie wäre ohne offenen Arbeitsmarkt, sprich ohne Grenzgänger nicht möglich gewesen, steht für Mariann Gloor vom Basler Gewerkschaftsbund fest; andererseits sieht die Schweizerin angesichts der globalen Entwicklung inzwischen Bedarf für einen „neuen Gesellschaftsvertrag“. Die Lohnschere öffne sich immer weiter: Während Saläre der Topmanager explodierten, steige auf Seiten der Arbeitnehmenden Stress und Arbeitsverdichtung. Durch die Überalterung verlören europäische Gesellschaften zudem ihre Anpassungsfähigkeit und entwickelten sich im immer unterschiedlicherem Tempo, begründet Gloor weiter. Jürgen Höfflin, Vorsitzender der DGB-Region Südbaden schließlich definierte aus deutscher Sicht vor allem die „verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit“ als akutes Problem, die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse sowie die „Spreizung des Arbeitsmarktes“. Handlungsbedarf sieht er zudem bei Geringqualifizierten, „weil diese Arbeitsplätze entfallen“.

Patentrezepte, wie solche Themen im trinationalen Raum über Grenzen hinweg



Horst Stech

FOTO: TOLSDORF

bearbeitet oder gelöst werden können, aber hat auch der IGR bislang nicht anzubieten. Im Gegenteil: Selbst bei einem seit Jahren schwelenden Thema wie grenzüberschreitenden Tarifverträgen treten die Gewerkschaften und ihre Dachorganisationen auf der Stelle. Und es ist nicht absehbar, dass sich daran bald etwas ändert. Dazu ist schon die Basis in den drei Ländern zu verschieden: Denn während Gewerkschaften in Deutschland

und Frankreich vergleichsweise gut verankert und in der politischen Architektur eine feste Größe sind, haben sie in der Schweiz wenig Einfluss und sind im öffentlichen Leben nur „sehr, sehr rar“ zu finden, wie Mariann Gloor anmerkte – was sich nicht zuletzt darin spiegelt, dass das IGR-Jubiläum dort kein Thema ist.